

# Raum für Hoffnung

Bericht vom ersten LGBTI Hearing im Europaparlament (EP) am 30. Juni 2011, bei dem konkrete Handlungsmöglichkeiten im Kampf gegen Diskriminierung aufgezeigt wurden

**I**mmer noch werden LGBTI\*-Menschen sowie jene, die sich für LGBTI-Rechte einsetzen, Opfer von Vorurteilen, Diskriminierung und Vertreibung, betonte **Ulrike Lunacek**, Europaabgeordnete der Grünen und Ko-Vorsitzende der LGBTI Intergrup bei ihrer Eröffnungsrede zur Konferenz „LGBTI-Rechte in der Welt“ im Menschenrechtsunterausschuss im Europaparlament am 30. Juni 2011, bei der internationale Aktivistinnen als Gastinnen geladen waren.

auch im EP eine Priorität darstellen sollen: „LGBTI-Rechte – vor allem das Recht, das eigene Leben in Würde und ohne Angst zu leben – sind Menschenrechte, und die stehen allen überall zu.“

**Naome Ruzindana**, Aktivistin, Gründerin und Direktorin des einzigen lesbischen Zentrums Hoca (Horizon Community Association) in Ruanda, beschrieb die Situation für LGBTI-Personen in ihrem eigenen Heimatland sowie in den beiden Nachbarstaaten Uganda und Burundi. Auch wenn das Parlament in Ruanda im Dezember 2009 einen Gesetzesentwurf zurückgewiesen hat, mit dem Homosexualität strafbar gemacht worden wäre, so herrsche doch „in allen drei Ländern eine bedrückende Situation für LGBTI-Menschen. Sie werden häufig bloßgestellt und es gibt keinen Schutz, da ihre Rechte vom Staat nicht anerkannt werden.“

Bei allen Fortschritten, die in vielen Teilen Europas und auch auf anderen Kontinenten gemacht wurden, und trotz vieler mutiger Aktivistinnen, könne nicht darüber hinweggesehen werden, dass rund 76 Länder der Homosexualität weiterhin kriminalisieren. „In fünf Ländern und zwei Regionen wird sogar die Todesstrafe für homosexuelle Handlungen verhängt.“ Lunacek benannte die Länder Maurititanien, Sudan, Saudi Arabien, Iran und Jemen, sowie der Norden Nigerias und der Süden Somalias) und ließ keinen Zweifel daran, dass gleiche Rechte für LGBTI-Menschen

Naome schilderte ihre Erfahrungen bei der Kampagne 2009 gegen die Kriminalisierung von Homosexualität. Als Antwort darauf hatten zahlreiche Medien des Landes die Identität der Aktivistinnen preisgegeben und sie damit willkürlichen Angriffen ausgesetzt. Die Aktivistin berichtete ebenfalls davon, wie die Initiative des ugandischen Abgeordneten David Bahati für eine Todesstrafe für die Ausföhrung und „Bewerbung“ homosexueller

Handlungen auch die Nachbarländer erfasst habe (auch wenn das Gesetz in Uganda laut Aussagen von Regierungsmitgliedern nicht im Parlament beschlossen werden wird); und Burundi hat schon im April 2009 ein Gesetz zur Kriminalisierung von Homosexualität verabschiedet.

Weltweit stellen wir fest, dass Transpersonen diskriminiert werden, z.B. beim Zugang zu Bildung, zu Gesundheitsversorgung oder zu Arbeit“, verwies **Mauro Cabral**, Transaktivist aus Argentinien, Co-Direktor von GATE\*\* und zweiter eingeladenen Redner auf die Verletzung von Grundrechten für Transmenschen. „Jeden Tag erreichen uns Nachrichten von ermordeten Transgender.“

Cabral klagte ebenso die meistrechtliche Situation von Intersex-Personen an, deren Körper oft gleich nach der Geburt mit Operationen in die Geschlechterbinarität gepresst werden. „Dennoch ist es für uns eine Zeit der Hoffnung und des Optimismus, da Transsthemen immer häufiger in aktuelle politische Debatten einbezogen werden.“ Mit dem Video der International AIDS Alliance über die Entkriminalisierung von Homosexualität 2009 in Indien verwies das Hearing auf einen der großen Erfolge der weltweiten LGBTI-Bewegung, der in den letzten Jahren zu Verzeihen war.

**Riina Kionka**, Leiterin der Abteilung für Menschenrechtsrichtlinien im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), wies auf die auch für die europäischen Außenbeziehungen geltenden europäischen Werte hin sowie auf spezifische Instrumente, mit denen Menschenrechtsträger, und im Besonderen LGBTI-Pragen, im Auswärtigen Dienst

behandelt werden. Das „Toolkit“ für die Förderung und den Schutz aller Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender“ setzen von der Menschenrechtsarbeitsgruppe des Rates erstelltes innovatives Instrument zur Unterstützung der Aktivitäten von LGBTI-Menschenrechtverteidigerinnen in allen Teilen der Welt. Besonders der Training für die EAD-Beamtinnen, die dieses Toolkit an den EU-Botschaften weltweit zur Anwendung bringen sollen, finden, so Kionka, regelmäßig statt. Kionka ging außerdem auf die wichtige Rolle der Europäischen Union auf der UNO-Ebene ein, etwa im UNO-Menschenrechtsrat.

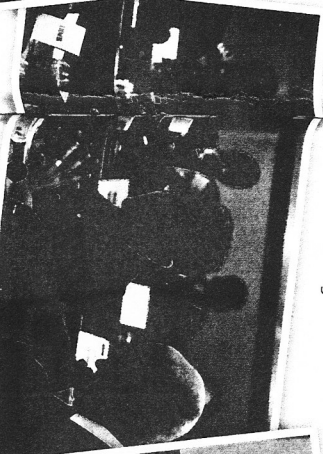
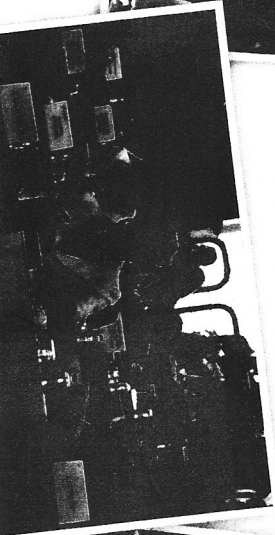
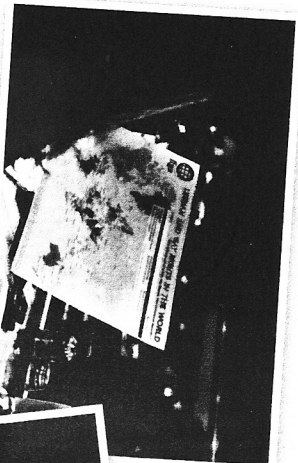
**Jean-Louis Ville**, ein Vertreter der Europäischen Kommission, erläuterte dann noch jene Finanzierungsinstrumente, die für LGBTI-NGOs in den Ländern des Globalen Südens zur Verfügung stehen.

Die Debatte mit den zahlreich erschienenen Teilnehmerinnen zeigte, dass das Hearing, das in dieser Form zum ersten Mal im Europaparlament stattfand, ein großer Erfolg war. Es endete mit dem konkreten Vorhaben einer Resolution des Europaparlaments zum Thema der Forderung von **Michael Cashman**, dem Ko-Vorsitzenden der LGBT Intergrup, nach einem/r Sonderberichterstatterin der UNO zu sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. ■

**Text:** Ulrike Lunacek, Caroline Ausserer

\* LGBTI = lesbian, gay, bisexual, transgender  
\*\* Global Action for Trans\* Equality

FOTOS: PWWW.LGBT-EP.EU



## Webtipp

Link zu Video- und Fotomaterial zum Hearing:  
[www.lgbt-ep.eu](http://www.lgbt-ep.eu)